

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 28/15-19) des Beirates Woltmershausen
am Montag, den 19. Juni 2017,

im Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Ende: 22.05 Uhr

Anwesend:

Karin Bohle-Lawrenz

Holger Meier

Waldemar Seidler

Marita Dilly

Thomas Plönnigs

Heidelinde Topf

Anja Leibing

Nina Schaaardt

Edith Wangenheim

Hermann Lühning

Anja Schiemann

Fehlend: Mazlum Koc (e)

Weiter anwesend: Fr. Stief (Bremischer Deichverband am linken Weserufer/DVL), Hr. Kistermann (Büro Umweltplanung Kölling & Tesch, beide zu TOP 3); Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitzende: Annemarie Czichon

Protokoll: Christoph Eggers (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt. (einstimmig)

Top 2 – Stadtteilbezogene Anträge, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung

Ein CDU-Beiratsmitglied bittet um Auskunft darüber, ob am Lankenauer Höft im Rahmen der Zwischennutzung eine Diskothek entstehen soll und wie lange diese betrieben werden könnte.

Dazu verweist die Beiratssprecherin auf die Beratungen in der vergangenen Beiratssitzung, in der sich der Beirat für eine Befristung der beantragten Nutzungsänderung bis zum 15.10.2017 ausgesprochen habe.

Ein Bürger kritisiert, dass insbesondere ältere Menschen, aber auch Kinder nicht ausreichend geschützt seien, wenn sie die Rablinghauser Landstraße in Höhe des Stiftungsdorfes überqueren wollen. Die vorhandenen Hinweisschilder reichen seiner Meinung nach nicht aus.

Er stellt folgenden Bürgerantrag: „Ich beantrage, in der Rablinghauser Landstraße, in Höhe des Stiftungsdorfes, einen Zebrastreifen einzurichten, um vor allem älteren Menschen das Überqueren der Fahrbahn zu erleichtern.“

Die Vorsitzende weist auf das kürzlich in der Baudeputation vorgestellte Verfahren für die Errichtung von Querungshilfen hin.

Die Vertreterin der FDP schlägt vor, sofort über den Bürgerantrag abzustimmen.

Eine Vertreterin der SPD-Fraktion beantragt zur Geschäftsordnung, den Bürgerantrag zur weiteren Beratung in den Fachausschuss Bau, Häfen, Verkehr, Wirtschaft zu überweisen.

Dieser Verfahrensantrag wird bei 4 Ja- mit 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Top Beschlussfassungen nicht vorgesehen seien, eine entsprechende Erweiterung der Tagesordnung sei ebenfalls nicht erfolgt.

Dessen ungeachtet wird zum Verfahren beantragt, jetzt über den Bürgerantrag in der Sache abzustimmen: Dafür sprechen sich 6 Beiratsmitglieder aus, 5 stimmen dagegen.

Daraufhin fasst der Beirat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen stimmt dem Bürgerantrag auf Einrichtung eines Fußgängerüberwegs in der Rablinghauser Landstraße in Höhe des Stiftungsdorfes im Bereich der BSAG-Haltestelle zu und fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die bauliche Umsetzung zu veranlassen.

(11 Ja-Stimmen)

Ein Bürger beklagt sich über Ruhestörungen im Kleingartengebiet Amselweg/Falkenweg.

Dazu erklärt der Polizeivertreter, dass ihm dazu nichts bekannt sei. Auf Nachfrage erklärt der Bürger, dass er sich bisher nicht an die Polizei gewandt habe, da das ja sowieso nichts ändern würde.

Dem widerspricht der Vertreter der Polizei deutlich und bittet darum, künftig ggfls. weitere Vorkommnisse zu melden, bei Bedarf auch über die Notrufnummer 110.

Top 3 – Aktueller Stand zur Umsetzung des Generalplans Küstenschutz in Rablinghausen

Die Vertreterin des Deichverbandes (DVL) erläutert den aktuellen Planungsstand anhand der Planzeichnungen, die sie anschließend dem Ortsamt zur weiteren Einsichtnahme für Interessierte als Ausdruck zur Verfügung stellt.

Gegenüber dem bisherigen Zeitplan habe es leider wegen weiterer Baugrunduntersuchungen Verzögerungen (ca. 4 Monate) gegeben. Aktuell werde die Entwurfsplanung erstellt, die Grundlage für die Genehmigung der Wasserbehörde und des nachfolgenden Planfeststellungsverfahrens sei. Derzeit sei der Beginn der ca. 2-jährigen Bauzeit für Ende 2019/Anfang 2020 vorgesehen. Die Schätzung der betroffenen Kleingärten als Grundlage für Entschädigungszahlungen solle auf jeden Fall noch 2018 erfolgen.

Erst seit kurzem liege ein Baumgutachten zu 55 Bäumen (in der Deichkrone und in der Außenböschung) im Abschnitt Weseruferpark/Planabschnitt C vor, das noch in die Planungen einzuarbeiten sei. Sofern Bäume gefällt werden müssen, seien dafür Kompensationsmaßnahmen vorzusehen. Dazu könnten dann Beirat oder Bürger_innen des Stadtteils gerne Vorschläge für mögliche Standorte für Ersatzpflanzungen einbringen.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass die Transporte während der Bauphase nach einer kürzlich erfolgten Zusage der BLG nun wie erhofft weitestgehend über den Neustädter Hafen erfolgen können.

Sie sichert zu, den Beirat im Herbst erneut über den Planungsstand zu unterrichten. Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

Top 4 – Antrag von CDU + FDP „Eigenes Ortsamt für Woltmershausen“

Der Sprecher der CDU-Fraktion verliest den auch von der FDP unterstützten Antrag der CDU.

Die Beiratssprecherin und weitere Mitglieder der SPD-Fraktion erläutern ihre Ablehnung des Antrages: Grundsätzlich wäre zwar ein eigenes Ortsamt für den Stadtteil schön, angesichts der bestehenden Haushaltssituation und mit Blick auf die Größe der übrigen Ortsamtsbereiche in Bremen sei der Antrag aber völlig realitätsfremd und im übrigen auch nicht mit dem Beirätegesetz konform.

Der Beirat fasst mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen fordert die Senatskanzlei auf,

- 1. die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Beirat Woltmershausen ein eigenes Ortsamt bekommt, welches von einem hauptamtlichen Ortsamtsleiter geleitet wird.**
- 2. zu prüfen, inwiefern das Friedhofswärterhaus auf dem Woltmershauser Friedhof als Ortsamts-Gebäude in Betracht kommt.**

Begründung:

Seit Schaffung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirG) teilen sich die Beiräte Neustadt und Woltmershausen ein Ortsamt und eine Ortsamtsleitung (§ 27 Abs. 1 BeirG). Leider steht diese Aufteilung nicht im Interesse der Bürgernähe, weil Ansprechpartner für stadtteilbezogene Angelegenheiten der Woltmershauserinnen und Woltmershauser nicht in ihrem Stadtteil zur Verfügung stehen, sondern im Stadtteil Neustadt. Ein eigenes Ortsamt im Stadtteil von Woltmershausen würde den Bürgerservice verbessern, als Immobilie würde sich das Friedhofswärterhaus auf dem Woltmershauser Friedhof anbieten, welches seit mehr als sieben Jahren leer steht und sich im Besitz der Stadt befindet.

In den letzten Jahren war das Ortsamt sehr oft überlastet und selbst Bürgeranträge konnten erst Monate später abgearbeitet werden, obwohl hierzu eine Frist von 6 Wochen, laut der Geschäftsordnung des Beirats Woltmershausen, gesetzt wurde.

(mit 6 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen)

Top 5 – Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

Die Vorsitzende berichtet, dass den Beiratsmitgliedern heute ein Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Seehausen auf Globalmittel für die Anschaffung eines Faltpavillons für die Jugendfeuerwehr zugeleitet worden sei (Antragssumme: 550 €).

Auf entsprechenden Antrag hin sprechen sich die Beiratsmitglieder mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung dafür aus, bereits jetzt über den Antrag abzustimmen, und fassen anschließend folgenden

Beschluss:

Der Beirat bewilligt dem Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Seehausen e.V. Globalmittel in Höhe von 550,00 € für die Anschaffung eines Faltpavillons.

(Einstimmig)

Top 6 – Beschlussfassung zur „Polizeireform 2600“

Im Anschluss an die Vorstellung der geplanten Polizeistrukturänderungen in der Beiratssitzung am 08.05.2017 hat die Beiratssprecherin einen Beschlussvorschlag erarbeitet, der allen Beiratsmitgliedern vorab zugeleitet worden ist (s. Anlage).

Dazu legt die CDU-Beiratsfraktion als Tischvorlage einen Gegenantrag vor.

Aus der SPD-Fraktion wird beantragt, eine Befassung des Gegenantrages zu vertagen, da der Antrag erst in der Sitzung eingereicht wurde und nicht einmal allen Beiratsmitgliedern vorliege, sondern nur in einem Exemplar, das außerdem schlecht leserliche handschriftliche Ergänzungen enthalte.

Für den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung stimmen 5 Beiratsmitglieder, 6 lehnen ihn ab, eine Vertagung ist somit abgelehnt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt den Gegenantrag sodann vor.

Zur beiratsinternen Beratung wird die Sitzung für die Dauer von ca. 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklären die Vertreterinnen von BIW und FDP, dass sie den Gegenantrag ebenfalls unterstützen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Antrags ablehnen.

Nach weiterer Diskussion wird über die vorliegenden Anträge abgestimmt:

Für den Antrag der Beiratssprecherin stimmen 5 Beiratsmitglieder, 6 stimmen dagegen, der Antrag ist somit abgelehnt.

Für den Antrag der CDU stimmen 6 Beiratsmitglieder, 5 dagegen; der Beirat fasst somit folgenden

Beschluss:

„Polizeireform überarbeiten – Sicherheit nicht nur auf dem Papier“

- 1. Der Beirat dankt den Beamtinnen und Beamten im Polizeirevier Woltmershausen für ihre Arbeit und die Sicherheit und lehnt die geplante Polizeireform in der vorgelegten Fassung ab.**
- 2. Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf,**
 - a. das Polizeirevier Woltmershausen in der jetzigen Form bezüglich Personal und Ausstattung unverändert zu erhalten.**
 - b. die für eine Reform notwendige personelle Ausstattung von über 2.600 Beamtinnen und Beamten vor Inkrafttreten einer Reform sicherzustellen, sowie die Mittel für baulichen Veränderungen an den Revieren in den Haushalten 2018/2019 abzusichern.**
 - c. der Beirat fordert die Ausweitung auf mindestens 4 KOP-Stellen wegen der zunehmenden Aufgaben einschließlich des Schwerpunktes „ Autohandel “ und der Bereiche Seehausen, Strom und Hasenbüren.**

Begründung:

Am 2. März 2017 hat der Innensenator in der Deputation für Inneres die Pläne für die geplante Polizeireform erläutert. Das Konzept zur Polizeireform sieht unter anderem vor, die Polizeiarbeit zukünftig vorwiegend auf sechs Kommissariate zu zentralisieren. Ausschließlich hier wird es dann möglich sein Anzeigen zu erstatten. Die Polizeireviere in den Stadtteilen reduzieren dafür entsprechend ihr Dienstleistungsangebot (u.a. verkürzte Öffnungszeiten) und Personal. Das Papier geht bei den Planungen von 2.600 Beamtinnen und Beamten aus. Diese Zielzahl ist nach eigenen Angaben des Innensensors bei der Vorstellung des Konzeptes jedoch frühestens 2019/2020 realistisch.

Das Konzept ist zum jetzigen Zeitpunkt weder mit dem notwendigen Personal hinterlegt noch ist die Finanzierung abgesichert. Durch die Konzentration auf sechs Kommissariate gehen die Orts- und Milieukenntnisse der stadtteilkundigen Beamtinnen und Beamten verloren und führen zwangsläufig zu einem Kompetenzverlust.

Bevor ein endgültiger Beschluss gefasst wird, soll den Beiräten die Reform und die damit einhergehenden Änderungen erläutert werden, denn diese hat maßgebliche Konsequenzen für alle Stadtteile.
(mehrheitlich mit 6 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen beschlossen)

Top 7 – Beschlussfassung zur Novellierung der Landesbauordnung

Die Vorsitzende teilt mit, dass die vom Beirat gewünschte Fristverlängerung zur Stellungnahme über den 30.06. hinaus leider nicht gewährt werden kann. Der Beirat nimmt daraufhin wie folgt Stellung:

Beschluss:

Der Beirat beantragt, bei der anstehenden Novellierung der Bremischen Landesbauordnung den § 8 Absatz 4 hinsichtlich der zwingenden Schaffung von Spielplätzen bei der Errichtung von Gebäuden mit insgesamt mehr als drei Wohnungen folgende Änderungen vorzunehmen:

- **Der Begriff „nur unter großen Schwierigkeiten“ in Absatz 4 sollte definiert werden, um eine Nachvollziehbarkeit sicherzustellen.**
- **Bei der Berechnung der Höhe des Ablösebetrages muss neben einem Betrag für die Errichtung von Spielgelegenheiten auch ein Betrag für die Unterhaltung von Kinderspielmöglichkeiten einbezogen werden.**
- **Wird die Zahlung von Ablösebeträgen gestattet, soll sichergestellt werden, dass diese Gelder auch für Spielgelegenheiten im selben Stadtteil ausgegeben werden.**

(Einstimmig)

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit wird zur Geschäftsordnung beantragt, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte zu vertagen. Es erfolgt keine Gegenrede, so dass entsprechend verfahren wird:

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 8 - 10 werden vertagt.

Edith Wangenheim
Beiratssprecherin

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Christoph Eggers
Protokollführung

Entwurf

Stellungnahme des Beirates Woltmershausen zur Polizeireform 2600

Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in Woltmershausen erwarten daher zu Recht, eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort sein.

Der Beirat Woltmershausen erkennt an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, die Polizeistrukturen dementsprechend zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Beirat Woltmershausen der geplanten Reform unter folgender Maßgabe zu:

1. Die für das Revier Woltmershausen veranschlagte Zielzahl von 3 KOP-Stellen (Vollzeit-Planstellen) für die Stadtteile Seehausen, Strom und Woltmershausen wird kurzfristig personell umgesetzt und bei Bedarf zeitlich überlappend nachbesetzt, um die für diese Aufgabe existenzielle Erfahrungsweitergabe zu gewährleisten.
Der Beirat fordert die Ausweitung auf mindestens 4 KOP-Stellen wegen der zunehmenden Aufgaben einschließlich des Schwerpunkts „Autohandel“.
2. Der Polizeirevierstandort Woltmershausen bleibt erhalten.
3. Die Verkehrssachbearbeitung ist auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers.
4. Sichergestellt wird, dass während der täglichen (zweistündigen) Öffnungszeiten des Polizeireviers Woltmershausen die Anzeigenaufnahme vor Ort möglich ist.
5. Die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess bleibt mindestens genauso gut wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis.
6. Dem Beirat, den Vereinen und Einrichtungen der Stadtteile stehen durch die Revierleitung kompetente Ansprechpartner für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung.
7. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte dem Stadtteil auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.
8. Dem Revier steht mindestens ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung.
9. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten bedarfsorientiert in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten, z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruch/Diebstahl in den Ortsteilen Hasenbüren, Seehausen, Strom Rablinghausen und Woltmershausen.
10. Es wird sichergestellt, dass bereits jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Aufstockung der Bremer Polizei auf 2.900 Vollzeitstellen ab dem Jahr 2020 zu realisieren.

Begründung:

Das Polizeirevier Woltmershausen ist verantwortlich für die innere Sicherheit in den Ortsteilen Woltmershausen, Rablinghausen, Strom, Seehausen und Hasenbüren mit ca. 16.000 Einwohnern.

Es leistet mit seiner Zuständigkeit für die Schulen, Bildungseinrichtungen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen und Unterkünften für geflüchtete Menschen in präventiver wie ordnungspolitischer Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in unserem und den uns benachbarten Stadtteilen.

Mit der Umsetzung der „Polizeistrukturreform 2600“ in der Fläche ist zu befürchten, dass wertvolle Ortskunde und Erfahrung in Woltmershausen, Rablinghausen und den benachbarten Stadtteilen Strom und Seehausen/Hasenbüren durch die Konzentration der Polizeiarbeit in wenigen Polizeikommissariaten verloren gehen könnte. Die Menschen in Woltmershausen, Rablinghausen, Strom und Seehausen/Hasenbüren brauchen aufgrund der seit Jahren kontinuierlich ansteigenden Anforderungen jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an lokaler Polizeiausstattung vor Ort.

Edith Wangenheim

Sprecherin Beirat Woltmershausen